

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/104
2. Juni 1977

Ausreichende Bildungsmöglichkeiten schaffen

Auftrag zur Vorbereitung von Entscheidungen in der Hochschulpolitik

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-Vorstandsmitglied

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Es geht um die Rundfunkfreiheit

Sie verträgt keine Interventionen von Politikern

Von Eckart Kuhlwein MdB
Mitglied des Rundfunkrats beim Norddeutschen Rundfunk

Seite 3 / 30 Zeilen

"Der Begegnung von Menschen dienen!"

Erfolgreiche Hamburger Tage in Danzig

Von Paul O. Vogel
Leiter der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 4 und 5 / 88 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 96 36/39
Telex: 66 86 646-49 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 86 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ausreichende Bildungsmöglichkeiten schaffen

Auftrag zur Vorbereitung von Entscheidungen in der Hochschulpolitik

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-Vorstandsmitglied

Für die nächsten Jahre ist der Bildungspolitik die zentrale gesellschaftliche Aufgabe gestellt, für die geburtenstarken Jahrgänge ausreichende Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hunderttausende von Jugendlichen erwarten im nächsten Jahrzehnt mehr Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung und mehr Studienplätze an unseren Hochschulen.

Vor dieser großen gesellschaftspolitischen Aufgabe dieser Zeit gibt es keinen Grund zur Resignation, wenn die Voraussetzungen geschaffen werden, in schwerwiegenden bildungspolitischen Fragen zu Entscheidungen zu kommen. Denn

- 1/ besitzen wir eine der leistungsstärksten Wirtschaften der westlichen Welt und damit eine Infrastruktur, die ein ausreichendes Ausbildungsangebot auch für die geburtenstarken Jahrgänge gewährleisten könnte, wenn alle Möglichkeiten voll ausgeschöpft würden;
- 2/ werden erhebliche Anstrengungen zum Ausbau der beruflichen Infrastruktur gemacht. Der Staat wird bis einschließlich 1979 rd. 2,3 Milliarden DM zusätzliche Mittel für den Ausbau der Berufsbildung bereitstellen. Das bedeutet 1,3 Milliarden DM zusätzlich für die Berufsschulen - gemeinsam finanziert von Bund und Ländern, einschließlich des Infrastruktur-Programms - sowie rd. 700 Millionen des Bundes für überbetriebliche Ausbildungsstätten und 300 Millionen für neue Ausbildungswege, Modellversuche und andere Anstrengungen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität;
- 3/ wurden in den vergangenen Jahren Studienplätze in einer Größenordnung neu geschaffen, die etwa 18 neuen Hochschulen von der Größe der Universität Marburg entspricht.
- 4/ Die Politik kann sich überdies heute auf bessere Handlungsinstrumente und Voraussetzungen stützen: Vom Bundesinstitut für Berufsbildung, den gemeinsamen Planungen von Bund und Ländern, bis zu den rechtlichen Grundlagen für Studienreform und Personalstruktur an den Hochschulen, um einige Beispiele zu nennen.

Entscheidend ist nunmehr, daß die Politik im ganzen die bildungspolitischen Aufgaben von heute aufgreift, ihrer gesellschaftspolitischen Dimension Rechnung trägt und sie nicht nur in Fachgremien delegiert, d.h. zu einer reinen

Frage technokratischer Administration werden läßt. Es ist daher ein Fortschritt daß die Anfang Mai in der letzten Besprechung der Regierungschefs eingesetzte Arbeitsgruppe von drei Ministerpräsidenten und zwei Bundesministern beauftragt wurde, bis zum 1. Juli 1977 Entscheidungsvorschläge für politische Eckwerte zum Abbau des Numerus clausus und der damit zusammenhängenden Aufgaben und Probleme vorzulegen.

Nur politische Entscheidungsprozesse können in der Sache weiterführen: Seit Juni 1976 liegt der Vorschlag des Bundeskanzlers zur Öffnung der Hochschulen auf dem Tisch der Regierungschefs. Inzwischen gibt es eine Fülle von Entschlüssen, Empfehlungen, Dokumentationen und Vorschlägen von der BLK über die WRK, den Wissenschaftsrat, der KMK bis hin zu den politischen Parteien. Die Sachverhalte und Entscheidungskomplexe sind in den vielen Stellungnahmen deutlich geworden:

- Abbau des Numerus clausus durch Beschränkung eines Auswahlverfahrens auf wenige harte Numerus-clausus-Fächer,
- Einführung eines vereinfachten und unbürokratischen Ortsverteilungsverfahrens für die übrigen Studienanfängerplätze, damit alle Bewerber ohne Auswahlverfahren einen Studienplatz erhalten und die Hochschulen gleichmäßig in Anspruch genommen werden.
- Zusatzlast-Programme und Maßnahmen zur effektiveren Kapazitätsnutzung einschließlich finanzieller Leistungen des Staates z.B. für Lehraufträge, Mehrarbeitsvergütung und ähnliche Maßnahmen.
- Sicherung der Leistungsfähigkeit der Forschung, vor allem durch Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- Studienreform und Studienberatung sowie
- Konsequenzen, die sich für das Beschäftigungssystem, vor allem auch für den öffentlichen Dienst aus einem veränderten Bildungsangebot und den geburtenstarken Jahrgängen ergeben,
- und vor allem Ausbau des beruflichen Bildungswesens.

Das Bundesverfassungsgericht hat hinsichtlich der Zusammenarbeit von Bund und Ländern seine Ansicht klar definiert: Wenn es um Grundrechte geht, dürfen Bund und Länder sich nicht auf das Fehlen ihrer Kompetenz zu der einen oder anderen Maßnahme berufen. Der Gesetzgeber in Bund und Ländern müsse sich als Einheit behandeln lassen (Urteil Juli 1972). Im übrigen hat auch Herr Kohl als Kanzlerkandidat der CDU/CSU 1976 eine "konzertierte Aktion" zum Abbau des Numerus clausus für das Jahr 1977 angekündigt unter der Überschrift: "Nehmen Sie mich beim Wort". Jetzt nehmen wir diejenigen beim Wort, die eine neue Bildungsoffensive versprochen haben und von denen einige jetzt meinen, den Abbau des Numerus clausus als "Propaganda" oder gar als Weg in "römische Verhältnisse" abtun zu können. (-/2.6.1977/ks/ca)

+ + +

Es geht um die Rundfunkfreiheit

Sie verträgt keine Interventionen von Politikern

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Rundfunkrats beim Norddeutschen Rundfunk

Das Bundesverfassungsgericht hat seit 1961 mehrfach das "Gebot der Staatsfreiheit des Rundfunks" hervorgehoben. Das hat die Konsequenz, daß sich Vertreter des Staates aller direkten Einflußnahme auf die Sender und ihre Programmgestaltung zu enthalten haben. Das verbietet ihnen zwar nicht, öffentliche Kritik zu üben. Aber diese Kritik sollte so sensibel gehandhabt werden, daß Redakteure und Intendanten sich nicht unter Druck gesetzt fühlen müssen.

Beim Norddeutschen Rundfunk haben CDU-Politiker in den vergangenen Monaten vorgemacht, wie wenig ihnen die äußere Rundfunkfreiheit bedeutet. Mit massiven Einflußnahmen und der Drohung, den Staatsvertrag zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zu sprengen, wurde innerhalb und außerhalb der NDR-Gremien systematisch die Verunsicherung der Redakteure im Sender betrieben. Interne Fühlungsnahmen mit Abteilungsleitern und direkte Interventionen sollen die Festung sturmreif machen. Entweder für einen neuen Staatsvertrag, der weniger liberal die Programmgrundsätze formulieren und personelle Veränderungen in Richtung CDU in der Anstalt erzwingen würde. Oder für einen eigenen Rundfunk für Kiel und Hannover.

SPD und FDP haben in den Gremien des NDR nach Kräften gegengesteuert. Mit ihrer Rundfunkratsmehrheit haben sie den Verwaltungsrat gerügt, der dem Intendanten Programmentscheidungen - nicht zuletzt die Absetzung der "Betriebsräte-Reihe" aufzwingen wollte. Beide Parteien haben das Thema auch in den Landtagen der NDR-Länder vorgetragen, wobei deutlich wurde, daß das gemeinsame Engagement für die Liberalität in Rundfunk und Fernsehen für SPD und FDP über den Tag hinaus Bedeutung haben dürfte.

Sicher, über Geschmack mancher Rundfunk- und Fernsehbeiträge läßt sich streiten. Auch über die manchmal gefährliche Wirkung von Fernsehsendungen. Das gilt für Stammheim-"Plädoyers", genauso wie für Western-Filme zur Kinderstunde. Nicht streiten läßt sich jedoch darüber, daß die immer gefährdete Rundfunkfreiheit Interventionen von Politikern - egal welcher Couleur - nicht verträgt. Wer dies tut oder auch nur zuläßt, demontiert die Pressefreiheit in dem Bereich, wo sie heute noch am ehesten gewährleistet ist. (-/ 2.6.1977/ks/ja)

+ + +

"Der Begegnung von Menschen dienen!"

Erfolgreiche Hamburger Tage in Danzig

Von Paul O. Vogel

Leiter der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg

Am Pfingstsonntag ist in Danzig ein Ereignis zu Ende gegangen, das in der Geschichte der deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen in seiner Art ohne Beispiel ist. Elf Tage lang stand die alte Handelsmetropole und Hansestadt an der Ostsee im Zeichen der Elbmetropole. 220 000 polnische Bürger sahen sich an, was Hamburg zu bieten hatte. Über 1.500 Hamburger aus allen Lebensbereichen waren zu Gast unter dem Krantor, zu Gast in Danzig, das heute Gdansk heißt, dessen Wiederaufbau ein Kernstück des polnischen Bekenntnisses zu seiner Geschichte ist, ohne doch den deutschen Anteil an dieser Geschichte zu leugnen.

Statistik ist mitunter ein ungeeignetes Mittel, um das politische Gewicht eines Vorgangs zu messen. Ein paar Zahlen sollten dennoch verdeutlichen, in welchen Größenordnungen sich die Hamburger Tage in Danzig abwickelten:

Es gab insgesamt in diesen 11 Tagen 111 Hamburger Veranstaltungen. Allein in der Ausstellung der Freien und Hansestadt Hamburg in der Halle Olivia waren 140 000 Besucher gezählt worden, an die rund eine Viertelmillion Broschüren und Produkte verteilt worden sind. Das Ballett der Staatsoper wurde bejubelt, das Deutsche Schauspielhaus zeigte erfolgreich "Danton's Tod", James Last erzeugte Beifallsstürme und rund 11.000 Hamburg-Plakate haben Danzig eine neue Farbe gegeben, die auch dann, wenn die Plakate längst überklebt sind, als Symbol einer neuen Qualität in den polnisch-deutschen Beziehungen haften bleiben wird.

Die Hamburger Tage in Danzig sind zustande gekommen in Erwiderung auf die Polnischen Tage, die 1975 in Hamburg durchgeführt worden sind. Mit anderen Worten - hier ist Gegenseitigkeit praktiziert worden, und jeder, dem die Problematik solcher Kontakte zwischen Polen und Deutschen bewußt ist, weiß, daß schon diese Gegenseitigkeit einen eigenen, in die Zukunft wirkenden Stellenwert hat. Das wird deutlich in zwei Reden, die während der Danziger Tage gehalten wurden. Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose sagte am 19. Mai 1977 im schönen Festsaal des Danziger Rathauses:

"Dies alles geschieht nicht um eines kurzfristigen Erfolges willen. Es geschieht auch nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, um die schon starken wirtschaftlichen Beziehungen noch weiter zu festigen. Es geschieht auch nicht, um institutionellen Wünschen zu genügen. Unser Ziel ist es vielmehr, in einer langfristigen Sicht der Begegnung von Menschen zu dienen... Gemeinsamkeit mit Ihnen möchte Hamburg gern unseren Völkern und der Welt zeigen, daß Wege zur Entspannung gegangen werden können, daß wir den Frieden wollen und daß sich in der Symbolhaftigkeit einer solchen gemeinsamen Veranstaltung zweier alter Hansestädte der Friedenswille der Menschen ausdrückt."

Und der Stadtpräsident Andrzej Kasznowski setzte zum Abschluß der Hamburger Tage diese Linie der in die Zukunft reichenden Überlegungen mit den Worten fest:

"Den zweimaligen Besuch der Vertreter aller drei Fraktionen des hamburgischen Parlaments verstehen wir als Ausdruck einer Gemeinsamkeit der Ansicht-

ten und des Wirkens der politischen Kräfte Hamburgs zugunsten eines konkreten und konstruktiven Beitrags zum Normalisierungsprozeß zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland." Es sei ein Klima geschaffen worden, "in dem die obersten Repräsentanten unserer Länder bei ihren nächsten Treffen mit Genugtuung feststellen werden, daß Hamburg und Gdansk jenen Kräften die richtige Antwort erteilt haben, die ein gemeinsames Verlangen der arbeitenden Menschen in unseren beiden Ländern nach Leben im gegenseitigen Verständnis und Frieden mit hartnäckigen Beharren nicht begreifen wollen."

In diesen Worten des polnischen Gastgebers ist deutlich geworden, daß auch für die polnische Seite die Hamburger Tage in Danzig nicht eine Episode bleiben sollen; es ist zugleich sichtbar geworden, daß für die Polen aus der Erinnerung an die Vergangenheit heraus Normalisierung ein Vorgang ist, der mit dem Warschauer Vertrag eingeleitet und nicht etwa abgeschlossen wurde. Das Klima der Begegnungen zwischen Polen und Deutschen hat sich für alle Teilnehmer spürbar schon in den elf Tagen gewandelt. "Dieser Prozeß der sich verstärkenden Begegnung zwischen den Menschen", stellte Hamburgs Zweiter Bürgermeister Prof. Dr. Biallas (FDP) bei der Schlußkundgebung in Danzig fest, "- zunächst ein vorsichtiges Herantasten und Abschätzen, dann das Vertrauensgewinnen, sich über Veranstaltungen freuen und schließlich über eine gemeinsame Begegnung nachzudenken -, er ist das Faszinierendste dieser Hamburger Tage gewesen."

Was die Hamburger in Danzig und gegenüber Polen in einem Prozeß des Gebens und Nehmens erreicht haben, ist bei aller Nüchternheit in der Beurteilung jedes einzelnen Schrittes auf dem immer noch hindernisreichen Weg der Normalisierung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Wichtig ist vor allem: An diesem Unternehmen waren alle drei in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien beteiligt. Polen wie Deutsche haben gelernt, daß man solche Veranstaltungen durchaus erfolgreich zustande bringen kann, wie groß auch die Unterschiede in Politik und Wirtschaft sind. Hamburg hat seine seit langem eingenommene Vorreiterposition im Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zu Polen einmal mehr bestätigt. Dabei sind sich der sozialliberale Senat wie auch die an der Durchführung der Hamburger Tage beteiligten Bürger aus allen politischen Lagern der Stadt darüber im Klaren, daß es hier nicht um eine Sonderrolle für Hamburg geht, sondern darum, die Verträge mit Leben zu erfüllen, welche die Bundesregierung abgeschlossen hat. Ganz wesentlich zum Erfolg beigetragen haben zwei Dinge: Zum einen das hartnäckige und zielstrebige Wirken der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hamburg, zum anderen der Beschluß des Hamburger Schulsenators Apel (SPD), Lernbücher für den Unterricht nur zuzulassen, wenn sie dem Geist des deutsch-polnischen Kulturabkommens entsprechen und die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission berücksichtigen.

Und noch eines ist wichtig: Das, was Hamburg erreichen wollte, nämlich einen Durchbruch für die Herstellung ganz schlicht menschlicher Beziehungen zwischen Bürgern Danzigs und Hamburgs zu erreichen, ist in großem Umfang gelungen. Bürgermeister Klose sagte für die Zukunft: "Wir wollen keine nur formellen Kontakte, wir wollen zu Verbindungen nicht nur von Funktionären kommen."

Es mag dabei unter dem Stichwort "Gegenseitigkeit" Probleme der Organisation und der Verfügbarkeit finanzieller Mittel geben. Am Schluß der Hamburger Tage in Danzig war aber klar, daß beide Seiten entschlossen sind, die Brücken zueinander nicht wieder abbrechen zu lassen.

(-/2.6.1977/kr/ja)